

Ein Geisterfahrer in Sachen NSU

Mehrere profunde Sachbücher (darunter die von Bodo Ramelow herausgegebenen Sammelbände) sind zu den Verbrechen der Neo-nazi-Terrorgruppe NSU erschienen. Doch es springen auch Geisterfahrer auf den Zug auf. Dazu gehört „Kai Voss“ mit dem im rechten Ares Verlag veröffentlichten Buch „Das NSU Phantom“.

Der Name ist das Pseudonym eines Menschen aus dem Umfeld des dubiosen „Compact“-Magazins eines Jürgen Elsässer. Beinhaltet wird, die Morde seien von Agenten mit „Kontakt ins kriminelle Ausländermilieu“, zu Menschenhändlern und Schutzgelderpressern, begangen worden. Damit kolportiert „Voss“ die rassistisch konnotierte Sicht, auch die Opfer seien diesem Milieu zugehörig. Sie interessieren „Voss“ darüber hinaus nicht, er spricht zynisch von „Dönermorden“. Die Agenten sollen sich 2011 ihrer Handlanger entledigt haben, um von der Eurokrise abzulenken. Das wäre Stoff für einen Roman – aber dazu reichte das Talent von „Voss“ nicht. (sw)

Kai Voss: *Das NSU Phantom. Staatliche Verstrickungen in eine Mordserie*, Ares Verlag Graz 2014, 19,90 Euro ■

Ramelow: Aufarbeitung anhand von Fakten

Der Fraktionsvorsitzende antwortet auf einen Brief von Matthias Büchner

Vor einigen Tagen hatte sich Matthias Büchner, früherer Abgeordneter des Thüringer Landtags und ehemaliger Sprecher des NEUEN FORUMS, mit einem Schreiben an die Abgeordneten des Thüringer Landtags gewandt. Dabei ging es ihm um die Aufarbeitung der DDR-Geschichte, die bei der anstehenden Regierungsbildung von Bedeutung sein wird.

Bodo Ramelow hat Matthias Büchner jetzt mit einem Brief geantwortet, in dem der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag darauf verweist, dass seine Partei in den vergangenen 25 Jahren bereits wichtige Schritte zur Aufarbeitung des DDR-Unrechts unternommen hat.

Bruch mit dem Stalinismus

Konkret benennt Bodo Ramelow den unwiderruflichen Bruch mit dem Stalinismus im Dezember 1989, das Bekenntnis zur Schuld und die Bitte um Versöhnung gegenüber Gläubigen, denen in der DDR Unrecht widerfahren ist und den mehrfach dokumentierten

Verzicht der PDS auf sämtliche Vermögenswerte der SED inklusive einer Übereinkunft über eine Vertragsstrafe bei Zuwiderhandlung.

Bodo Ramelow erklärt dazu: „Ich möchte das Schreiben des von mir hoch geschätzten Matthias Büchner zum Anlass nehmen, um auf einige Fakten hinzuweisen, die derzeit häufig bewusst oder unbewusst bestritten werden. Der Diskurs zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte muss fortgeführt werden und er kann auch kontrovers fortgeführt werden.“

„Beitrag zur Versachlichung“

Er sollte allerdings Fakten zur Grundlage haben und keine – leider häufig politisch bewusst benutzten – Unwahrheiten. Indem ich den Briefwechsel zwischen Matthias Büchner und mir transparent mache, möchte ich zur Versachlichung des Diskurses beitragen“, so Ramelow.

Folgende Unterlagen sind auf der Internetseite von Bodo Ramelow (www.bodo-ramelow.de) dokumentiert:

tiert:

– „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!“ Rede von Michael Schumann auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED in Berlin am 16. Dezember 1989

– „Positionen der PDS zu Gläubigen, Religionen, Kirchen und Religionsgemeinschaften“, Erklärung des Parteivorstandes der PDS vom 15. März 1990

– Vergleich zwischen PDS, Treuhandanstalt (BvS) und Unabhängiger Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR (UKPV) zur endgültigen Regelung der Vermögensfragen vor dem Berliner Oberverwaltungsgericht vom 18. Juli 1995

– Schlussbericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR (UKPV) vom 5. Juli 2006.

Alle genannten Dokumente sind auch auf der Homepage der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag abrufbar (www.die-linke-thl.de). ■

Der Landtag hat noch keine der üblichen thematischen Sitzungen absolviert, es gibt aber schon Grundsatzbeschlüsse der LINKE-Fraktion, bestimmte Themen zeitnah wieder in die Debatte zu geben. Dazu gehört die Forderung, ein ausdrückliches – klarstellendes – Verbot sogenannter „Funktionsvergütungen“ aus Fraktionskassen ins Abgeordnetengesetz zu schreiben.

Nach Medienberichten zur Prüfarbeit des Rechnungshofs soll dieses Problem in der vergangenen Wahlperiode die CDU- und FDP-Fraktionen betroffen haben. Eine endgültige ausdrückliche Positionierung des Rechnungshofs zu diesem Thema steht noch aus, obwohl von dessen Präsident angekündigt worden war, sich noch vor der Landtagswahl dazu zu äußern. Hinzu kommt, dass die CDU-Fraktion ein Gutachten zum Thema mit Verspätung erst kurz vor der Wahl dem Rechnungshof abliefern sollte. Es geht bei den Funktionsvergütungen darum, dass Abgeordnete, die im Arbeitsablauf der Fraktion bzw. des Parlaments bestimmte Aufgaben erfüllen, zu ihren üblichen Diäten noch Zahlungen aus der Fraktionskasse bekommen – sozusagen als „Zusatzgehalt“. In einer Pressemitteilung der LINKE-Fraktion heißt es dazu, „dass zu dem Reformpaket der Fraktion für die neue Wahlperiode auch die Verankerung des Verbots der Zahlung von so genannten „Funktionszulagen“ aus der Fraktionskasse im Thüringer Abgeordnetengesetz gehört. „Es gibt seit 2000 ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Thüringer Abgeordnetenrecht mit dem klaren

Beschluss zu Funktionszulagen



Verbot von „finanziellen Hierarchien“ unter Abgeordneten, das in Thüringen endlich umfassend und wirksam umgesetzt werden muss...“ In der Presseerklärung wird auch mitgeteilt, dass die PDS- bzw. LINKE-Fraktion noch nie solche Funktionszulagen gezahlt hat.

Grundsätzliches Verbot nötig

Ein ausdrückliches Verbot von Funktionsvergütungen aus Fraktionskassen in das Abgeordnetengesetz aufzunehmen ist deshalb nur eine Klarstellung, weil schon seit dem Urteil vom 21. Juli 2000 das Verbot solcher Zahlungen klar ist. Dort wird festgestellt, dass die Zahlung von Funktionsvergütungen eine Gefährdung der in der Verfassung verankerten Freiheit und Gleichheit des Mandats durch „finanzielle Abgeordnetenlaufbahnen“ darstellt. Deshalb ist ein grundsätzliches Verbot fi-

nanzieller Hierarchien unter den Abgeordneten nötig. „Auf der anderen Seite ist der Gefahr zu begegnen, dass durch die systematische Ausdehnung von Funktionszulagen „Abgeordnetenlaufbahnen“ und Einkommenshierarchien geschaffen werden, die der Freiheit des Mandats abträglich sind und die Bereitschaft der Abgeordneten beeinträchtigen, ohne Rücksicht auf eigene wirtschaftliche Vorteile die jeweils beste Lösung für das Gemeinwohl anzustreben. Funktionszulagen können darum zum einen nur in geringer Zahl vorgesehen werden und sind zum anderen auf besonders herausgehobene politisch-parlamentarische Funktionen zu begrenzen. Durch eine Vielzahl von besonders zu entschädigenden Funktionsstellen verstärkt sich die Abhängigkeit des einzelnen Abgeordneten von der politischen Gruppe, der er angehört“, so das Gericht. Dabei macht es

keinen Unterschied, aus welcher „Finanzierungsquelle“ das Geld kommt. Als Verbotsausnahmen werden die (Vize-)Präsidenten von Bundestag und Landtagen und die Fraktionsvorsitzenden benannt – aber nur auf ausdrücklicher gesetzlicher Grundlage.

CDU umgeht Gerichtsurteile

Nach dem Urteil waren im Abgeordnetengesetz zwar die bisherigen Funktionszulagen für stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Parlamentarische Geschäftsführer und Ausschussvorsitzende gestrichen worden. Trotz Ablehnung durch die damalige PDS-Fraktion und die SPD-Fraktion und einer kritischen öffentlichen Diskussion beschloss die CDU-Mehrheit stattdessen steuerfreie Aufwandspauschalen für die genannten Funktionsträger. Dagegen klagten die beiden Oppositionsfraktionen gemeinsam beim Thüringer Verfassungsgerichtshof. Sie argumentierten: Die Zahlung der Aufwandsentschädigungen stellt eine Umgehung des Urteils von 2000 dar. Im Verfahren wurde unter Hinzuziehung des Rechnungshofes eine Beweisaufnahme durchgeführt. Der Verfassungsgerichtshof schloss sich mit Urteil vom 14. Juli 2003 dem Bundesverfassungsgericht an und ließ die Zahlung dieser steuerfreien Aufwandsentschädigungen nur insoweit zu, als es tatsächlich solche funktionsbedingte Mehrausgaben gibt, es nicht um Tätigkeitsvergütung geht. Die Zahlung von Funktionsvergütungen aus Fraktionskassen ist eine Fortsetzung der Umgehung.